

Besser werden, stark bleiben.



Vorschläge für
mehr Impulse
und
Investitionen
in Deutschland



Besser werden, stark bleiben – Vorschläge für mehr Impulse und Investitionen in Deutschland

Deutschland steht scheinbar gut da. Die Wirtschaft wächst, die Beschäftigungszahlen steigen und erstmals seit über 40 Jahren konnten wir einen ausgeglichenen Haushalt verabschieden. Wer sich aber nicht von den Erfolgszahlen blenden lässt und einen klaren Blick auf die Realität behält, kommt zu einem anderen Schluss: Wir fühlen uns besser als wir sind – denn Deutschland lebt von seiner Substanz. Die öffentliche Infrastruktur ist an vielen Stellen sanierungsbedürftig, die Entwicklung der digitalen Infrastruktur kommt nur unzureichend voran und die Energiewende wird durch den zu langsamen Ausbau der Energienetze gefährdet. Die ökonomische Kraft unseres Landes wurde durch jahrzehntelange Arbeit aufgebaut und konnte schon mit Blick auf das letzte Jahrzehnt nur durch die Wirtschafts- und Sozialreformen der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung unter Gerhard Schröder erhalten werden.

Deutschland muss besser werden, um stark zu bleiben.

Die Substanz bröckelt, weil in den letzten Jahren Investitionen und strukturelle Reformen ausblieben. Das gefährdet unseren wirtschaftlichen Erfolg ebenso wie die sich aus Wachstum ergebenden gesellschafts- und sozialpolitischen Möglichkeiten. Der Anteil des Gesamtstaats an den Bruttoanlageinvestitionen in Deutschland am BIP beträgt seit dem Jahr 2009 gerade einmal jährlich 2,3 Prozent, in 2013 sank er auf 2,2 Prozent. Auf den Bund und die Länder entfielen im Jahr 2013 je 0,7 Prozent, auf die Gemeinden 0,8 Prozent, das entspricht bei den Kommunen einem Rückgang um 0,1 Prozent, also in etwa 2,8 Mrd. Euro. Wir wollen den Anteil der Investitionen am BIP für Bund, Länder und Gemeinden bis zum Jahr 2018 auf jeweils mehr als 1 Prozent steigern.

Nur ein solides, nachhaltiges Wachstum garantiert die Funktionsfähigkeit unserer sozialen Sicherungs- und Fürsorgesysteme, erst ökonomischer Erfolg eröffnet einen Spielraum für die nachhaltige Gestaltung von Politik und Gesellschaft. Wirtschaftlicher Erfolg von Unternehmen, Selbstständigen, Freiberuflern und Kulturschaffenden schafft Arbeits- und Ausbildungsplätze. Er ermöglicht jungen und älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben durch Teilhabe an guter Arbeit, soziale Aufstiegsmöglichkeiten durch

eigene Leistung und einen Staat, der ihnen immer wieder neue Chancen sichert.

Die Investitionen von heute sind das Wachstum von morgen.

Deshalb müssen wir die Investitionen in Deutschland deutlich erhöhen – durch die öffentliche Hand ebenso wie durch die Aktivierung des vorhandenen privaten und unternehmerischen Kapitals. Doch mit Investitionen alleine ist es nicht getan. Damit diese ihre Wirkung voll entfalten können, brauchen wir in Deutschland ein gesellschaftliches Klima der Offenheit und Inklusion. Nur wenn wir offen dafür sind, die Potentiale einer wachsenden Zahl älterer Menschen, die Potentiale von Menschen mit Behinderung und die Potentiale von Zuwanderern uneingeschränkt zu nutzen und wenn wir offener für die Möglichkeiten aus freiem Handel und offener für die Herausforderungen sind, die sich aus der Umsetzung von Großprojekten ergeben, wird es uns gelingen, unsere Substanz zu erhalten und zu verbessern. Wir müssen neue Chancen ergreifen und deren Risiken ausschließen – und nicht nur Risiken sehen und die Chance deshalb verstreichen lassen. Die gleiche Offenheit brauchen wir für die Probleme unserer Nachbarn. Denn Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze zu schaffen, soziale Sicherheit zu ermöglichen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken sind Aufgaben, die nicht auf Deutschland beschränkt sind. Über zwei Drittel unserer Exporte gehen in unsere europäischen Partnerstaaten. Uns geht es nur gut, wenn auch die anderen Länder Europas prosperieren. In der derzeitigen Debatte stehen sich zwei Seiten scheinbar unvereinbar gegenüber. Auf der einen Seite wird die „Sparpolitik“ für die Wachstumsschwäche verantwortlich gemacht und immense staatliche Ausgabenprogramme gefordert. Aus dieser Sicht ist die Sparpolitik hauptverantwortlich für die Krise. Die andere Seite setzt ausschließlich auf Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung, ignoriert dabei aber die gesamtwirtschaftliche Nachfrage vollkommen. Wir glauben, dass die aktuelle Situation nur durch einen umfassenden Politikansatz gelöst werden kann, der auf Strukturreformen setzt, dabei aber die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nicht ignoriert. Dafür müssen wir sorgen und begrüßen die Ankün-

digung der neuen EU-Kommission, die Stärkung von Investitionen und Wachstum zum Schwerpunkt ihrer Tätigkeit zu machen. Besonders mit Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit müssen wir das Entstehen einer ‚verlorenen Generation‘ verhindern. Allerdings müssen wir darauf achten, dass neben einer soliden Finanzierung von zusätzlichen Investitionen ohne realitätsferne Finanzmarkthebel auch passende Rahmenbedingungen in den Mitgliedsstaaten existieren.

Auf dem Weg zu strukturellem Wachstum gibt es keine geldpolitische Abkürzung.

Wirtschafts- und Strukturpolitik ist Aufgabe gewählter Regierungen und Parlamente, auch und gerade in Europa. Deshalb ist der mit dem Fiskalvertrag eingeschlagene Weg einer engeren und besseren Koordinierung in der EU und mit den europäischen Institutionen unerlässlich und muss noch konsequenter vorangetrieben werden. Die Wirtschaftsunion muss mehr sein als ein gemeinsamer Binnenmarkt und auch auf die erheblichen makroökonomischen Ungleichgewichte reagieren. Über die erzielten Schritte hinaus braucht es hier noch deutlich mehr Engagement. Die EZB hat durch ihr mutiges Einschreiten die Spekulation auf ein Auseinanderfallen der Währungsunion ausgebremst und den nationalen Regierungen Zeit gekauft. Die besonderen geldpolitischen Instrumente, die sie dazu einsetzt, werden insbesondere von konservativer Seite in Deutschland wohlfeil attackiert. Klar ist: die EZB betritt – wie auch andere relevante Notenbanken – Neuland. Dabei agiert sie bisher defensiver als die US-amerikanische Notenbank FED und die Bank of England, die mit ihren Maßnahmen erheblich das Wachstum in den USA und Großbritannien stimuliert haben. Allerdings stößt die EZB mit ihrer expansiven Geldpolitik auch an die Grenzen ihrer Wirksamkeit.

In Europa und auch in Deutschland gilt: Finanzielle Mittel allein generieren noch kein Wachstum, Geld allein schafft keine Jobs und auch steigende Unternehmensgewinne führen nicht automatisch zu mehr Investitionen. Nur in Verbindung mit einer Wirtschaftspolitik, die Möglichkeiten schafft und kluge Rahmenbedingungen setzt, folgt der Ausgabensteigerung auf der einen Seite ein strukturelles Wachstum auf der anderen. Insbesondere für eine offene Volkswirtschaft wie Deutschland sind dabei gute Rahmenbedingungen, geringe bürokratische Hemmnisse und Planungssicherheit von zentraler

Bedeutung. Dass wir auch in Deutschland deutlich besser werden müssen, bescheinigen uns internationale Organisationen und einheimische Unternehmen schon seit geraumer Zeit. In den meisten Ländern ist es einfacher, ein Unternehmen zu gründen, als in unserem. Das Bau- und Planungsrecht erweist sich in seiner heutigen Form oft als Unsicherheitsfaktor und Hindernis und nur wenige Staaten sind so abhängig von einer funktionierenden Exportwirtschaft und dem freien Austausch von Waren. An diesen Beispielen wird klar: Hier ist gerade von der Politik Haltung gefragt. Wir müssen uns klar zum Wirtschaftsstandort Deutschland bekennen, uns der Diskussion vor Ort stellen und bewusst vorangehen.

Kluge und verlässliche Rahmenbedingungen sind auch bei der Umsetzung der Energiewende nötig.

Für uns stehen die Ziele Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und der Klimaschutz gleichrangig nebeneinander. Dies ist unser „energiepolitisches Zieldreieck“, an dem wir uns orientieren. Für die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland sind die Versorgungssicherheit, also die garantierte, lückenlose Versorgung mit Strom sowie die Entwicklung der Energiepreise, von entscheidender Bedeutung. Wenn die erneuerbaren Energien nicht zur Verfügung stehen, weil die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, wird es auch künftig noch konventionelle Kraftwerke brauchen. Für das Gelingen der Energiewende sind vor allem der Ausbau erneuerbarer Energien und Einsparungen beim Energieverbrauch von entscheidender Bedeutung. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor liegt Deutschland auf Zielkurs. Beim Energieverbrauch sind die bisherigen Fortschritte und Maßnahmen aber noch nicht ausreichend. Investitionen in Effizienzmaßnahmen müssen weiter vorangetrieben werden.

Wir brauchen innovative und mutige Ideen, die wir rasch und aktiv umsetzen wollen.

Den Schwerpunkt müssen die Sanierung und der Ausbau der öffentlichen und digitalen Infrastruktur bilden. Gleichzeitig wollen wir die Investitionsmöglichkeiten für privates Kapital stärken, die Gründungs- und Erfolgchancen von kleinen und mittleren Unternehmen verbessern sowie in Bildung und Forschung investieren. Denn Deutschland kann seine starke wirtschaftliche Stellung nur durch ein hohes

Maß an Innovation, Qualifikation und Qualität dauerhaft erhalten.

Dabei geht es uns nicht um ein großes, staatliches Investitionsprogramm, das sich über einen tiefen Griff in den Staatshaushalt finanziert, sondern um die Aktivierung des in Deutschland erwirtschafteten Kapitals für den langfristigen Erhalt und Ausbau des Kapitalstocks in unserem Land. Der enorme Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands (7,3 Prozent des BIP in 2013, für 2014 wird eine weitere Steigerung erwartet) ist einerseits Ausdruck der Stärke der deutschen Exportwirtschaft, andererseits birgt er aber auch die Gefahr, dass die dadurch aufgebauten Auslandsforderungen in unrentablen Anlagen – wie vor der Finanzkrise 2008 geschehen – nicht nachhaltig sind. Wir wollen deshalb die Investitionsnachfrage in Deutschland steigern, um Chancen und Wohlstand zu sichern, Beschäftigungspotenziale zu erhöhen und einen gerechten sozialen Ausgleich zu ermöglichen. Wir wollen eine Diskussion darüber anstoßen, wie es uns gelingt, mehr privates und unternehmerisches Kapital dorthin zu bringen, wo es für nachhaltige Investitionen in unsere Zukunft benötigt wird.

Dies waren unsere Leit motive bei der Entwicklung unserer Maßnahmenvorschläge für mehr Impulse und Investitionen in Deutschland:

Maßnahmenkatalog

Fiskalische Maßnahmen

Wir wollen die Investitionsbereitschaft erhöhen und die Finanzierung durch Eigenkapital attraktiver machen.

Es muss deutlich mehr öffentliches Geld in den Erhalt und den Ausbau der Infrastruktur fließen, allerdings unter stärkerer Berücksichtigung von Effizienzgesichtspunkten. Wir setzen uns dafür ein, dass alle zusätzlich entstehenden Gestaltungsspielräume des Bundes bis zum Ende der Legislaturperiode genutzt werden, um die Investitionen zu verstärken.

- Wir wollen die steuerliche Begünstigung von Rückstellungen für künftige Anschaffungen verbessern, indem wir die Schwellenwerte erhöhen und die möglichen Investitionsgüter verbreitern.
- Die Regularien, ob ein Fonds als anlageverwaltend oder als gewerblich eingestuft wird, sind zu präzisieren und hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Investitionsbereitschaft und -fähigkeit zu überprüfen. Wir brauchen eine größere Trennschärfe zwischen beiden Optionen. Unklarheiten und Ermessensspielräume sind auszuräumen, um die Rechtssicherheit und Planbarkeit von Investitionen zu erhöhen und Investoren den Einstieg in den Markt zu ermöglichen.
- Auch über diese Legislaturperiode hinaus muss zusätzlicher Gestaltungsspielraum für private Investitionen eröffnet werden. Dazu wollen wir untere Einkommen und die arbeitende Mitte unserer Gesellschaft steuerlich entlasten. Zur Gegenfinanzierung werden wir dafür sorgen, dass alle ihrer bestehenden Steuerpflicht nachkommen – denn Steuerbetrug, Steuervermeidung und Steuerdumping führen heute dazu, dass sich sehr Reiche und große Unternehmen ihrer Steuerpflicht legal oder illegal entziehen. Das führt zu hohen Mindereinnahmen des Staates. Die gerechte Finanzierung des Gemeinwesens ist jedoch eine wesentliche Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, gleiche Teilhabechancen und einen handlungsfähigen, investierenden Staat. Steuergerechtigkeit heißt, dass die Besteuer-

erung nach Leistungsfähigkeit erfolgt – starke Schultern tragen mehr als schwache. Deshalb wollen wir die Abgeltungssteuer abschaffen und Kapitaleinkünfte wieder dem persönlichen Steuersatz unterstellen. Möglich wird dies durch die Einführung eines automatischen Informationsaustauschs zwischen den Steuerbehörden, der künftig verhindert wird, Kapitalerträge und große Vermögen am Fiskus vorbei ins Ausland zu verbringen.

- Nicht nur der Steuerbetrug, sondern auch die von Staaten zugelassene Steuervermeidung und Steuerdumping verletzen zu Recht das Gerechtigkeitsgefühl vieler Menschen. Das geschieht durch intransparente Abreden und Vergünstigungen an Unternehmen, gewährte Steuernachlässe bis hin zum Verzicht von Besteuerung oder durch laxer bis gar keine Kontrolle, z.B. durch Betriebsprüfungen, ob Steuern überhaupt pflichtgemäß gezahlt werden. Wir müssen dafür sorgen, dass große Unternehmen und Konzerne ihre Gewinne dort versteuern, wo sie anfallen.

Aktivieren von Unternehmensinvestitionen

Den Löwenanteil der jährlichen Investitionen in Deutschland werden vom Unternehmenssektor und privaten Haushalten gestemmt. Von 1995 bis 2012 betrug die durchschnittliche Investitionsquote des privaten Sektors am BIP in Deutschland 17,4 Prozent. Unser Ziel ist es, privates Kapital für eine Investitionsoffensive zu mobilisieren, allem voran von Unternehmen in Deutschland, um eine Investitionsquote von 20 Prozent zu erreichen. Dafür brauchen wir bessere Rahmenbedingungen besonders zur Gründung und Kapitalversorgung von jungen Unternehmen. Entscheidend dafür, ob ein Unternehmen langfristig an einem Wirtschaftsstandort tätig ist, sind die Wachstumsperspektiven, die potenzielle Ertragserwartung und zuverlässige Rahmenbedingungen. Deutschland braucht ein positives Klima für industrielles Wirtschaften und kooperative Sozialpartner.

- Wir wollen gemeinsam mit der KfW und anderen interessierten Investoren eine konsortial finanzierte Plattform für junge Unternehmen und Start-ups einrichten, um auch die Anschluss- und Wachstumsfinanzierung abzudecken, die bis zur Marktreife innovativer Produkte benötigt

und heute oft nur unzureichend zur Verfügung gestellt wird. Dazu soll eine gemeinsame Initiative mit Gründern und Business Angels unter Moderation der KfW die Anforderungen und besonderen Bedürfnisse passgenau für die Praxis sammeln und bündeln. Auch das Investitionszuschussprogramm INVEST ist in diesem Zusammenhang in den Blick zu nehmen und ständig hinsichtlich der Gegebenheiten und Bedürfnisse der Gründerszene weiterzuentwickeln. Wir werden mit den Beteiligten prüfen, ob es zielführend ist, ein eigenes Börsensegment speziell für Start-ups und junge Unternehmen zu schaffen, um diesen besonders in der Wachstumsphase verbesserte Chancen zur Eigenkapitalversorgung zu bieten und für Unternehmen wie Anlegern eine eigene Plattform zu schaffen.

- Die KfW und andere Investitionsbanken sollen als Ankerinvestoren in Beteiligungsgesellschaften aktiviert werden, um dort mit ihrer breiten Kapitalbasis und ihrer Marktkennntnis weitere Investoren anzuziehen. Im Haushaltsplan der KfW sind mehr Mittel für die Start-up- und Wachstumsfinanzierung bereitzustellen.
- Wir wollen die Strukturbanken der einzelnen Bundesländer dazu anhalten, selbständig oder im Zusammenwirken mit der KfW Eigenkapitalhilfeprogramme für kleine und mittlere Unternehmen aufzulegen. Eine Möglichkeit dazu wäre beispielsweise die Schaffung regionaler Beteiligungsfonds zur Wachstumssicherung für bestehende KMU.
- Auch stark regulierte Investoren sollen in begrenztem Umfang in die Innovationsfinanzierung in Beteiligungsgesellschaften investieren können, ohne dabei ihre eigentlichen Aufgaben zu gefährden.
- Wir brauchen geeignete, an die Bedürfnisse von jungen und innovativen Unternehmen angepasste Rahmenbedingungen für innovative Finanzierungsmodelle wie Crowdfunding.
- Das Förderprogramm EXIST für Gründungen aus der Wissenschaft heraus ist auszubauen. Die speziellen Bedürfnisse von Fachhochschulen sollen dabei mehr als heute in den Blick genommen werden. Eine Ausweitung auf Berufsschulen soll geprüft werden, um junge Menschen mittel-

fristig an allen Bildungseinrichtungen mit ihren Gründungsideen zu unterstützen und zu fördern.

- Wir wollen den Gründungszuschuss über die Bundesagentur für Arbeit in seiner Ausgestaltung des Jahres 2009 wieder einführen. Dieser war eines der erfolgreichsten Instrumente der Schröderschen Arbeitsmarktrefor-men, er hat arbeitslosen Menschen schnell und unbürokratisch die Chancen der Selbständigkeit eröffnet.

Aktivieren von Investitionen der öffentlichen Hand

Wir wollen die Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen erhöhen. Der Anteil der Investitionen an den Ausgaben des Bundes sank im Jahr 2014 auf 9,9 Prozent, der Anteil der investiven Ausgaben der Länder an deren Gesamtausgaben sank im Jahr 2012 auf 10,2 Prozent, wobei die Entwicklung bundesweit allerdings unterschiedlich ausfällt. Die Kommunen tätigen jahresdurchschnittlich rd. 60 Prozent der öffentlichen Sachinvestitionen in Deutschland, wobei Länder und Bund im Rahmen von staatlichen Zuweisungen bzw. Förderprogrammen einen erheblichen Finanzierungsbeitrag leisten. Gleichwohl beträgt der Anteil der Ausgaben der Gemeinden für deren Vermögenshaushalt im Jahr 2012 knapp 13 ½ Prozent.

Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, die Länder um insgesamt 6 Mrd. Euro und die Kommunen um 5 Mrd. Euro zu entlasten. Als prioritäre Maßnahme wurden außerdem die Städtebaumittel auf 700 Mio. Euro jährlich aufgestockt. Zusätzlich müssen wir die finanziellen Entlastungen durch strukturelle Maßnahmen ergänzen.

- Wir streben einen Investitionspakt von Bund und Ländern an. Der Anteil von Investitionen der Haushalte von Bund und Ländern an deren Gesamtausgaben soll schnellstmöglich auf ein Niveau von 12 Prozent gesteigert werden, der der Gemeinden auf 15 Prozent.
- Kommunen müssen beim Abrufen von Mitteln aus deutschen und europäischen Fördertöpfen deutlich stärker unterstützt werden. Als Vorbild dafür kann das Modell der Förderlotsen dienen. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir dabei besonders die struktur- und finanzschwachen

Kommunen unterstützen, um auch dort die Handlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten und die Wirtschaft vor Ort nachhaltig zu stärken.

- Der Modernisierungsbedarf der öffentlichen Infrastruktur ist hoch, vor allem in den Bereichen Verkehr, digitale Infrastruktur und den Strom- und Energienetzen. Unser Ziel ist es, schnell zu handeln. Durch die Bündelung von Modernisierungsprojekten beim Verkehr in bundeseigenen Projektgesellschaften wollen wir die Beteiligung privater Investoren ermöglichen, ohne öffentliches Eigentum zu verkaufen oder zu verpachten. Risikoadäquate Zinssätze machen diese Finanzierungsform besonders für institutionelle Anleger wie Versicherungsunternehmen oder Pensionskassen interessant.
- Im Rahmen des Investitionsprogramms des Bundes für die Jahre 2016 bis 2018 wollen wir besonders für struktur- und finanzschwache Kommunen ein kommunales Investitionsprogramm auflegen. Der Bund soll dazu befristet Sanierungs- und andere Renovierungsmaßnahmen an kommunaler Infrastruktur und Projekten (wie beispielsweise Kitas, Schulen, Abwasser- und Kläranlagen, Straßenbeleuchtungen, Fahrradwegen, Kulturprogrammen, Bibliotheken sowie Sport-, Spiel- und Begegnungsstätten) unmittelbar durch Zuschüsse fördern. Für finanzschwache Kommunen soll dazu ein wesentlich geringerer Kofinanzierungsanteil erforderlich sein. Dafür wollen wir auch bestehende Bundesprogramme befristet und degressiv aufstocken.
- Wir streben eine Reform der Strukturförderung des Bundes an. Die beiden Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und „Agrar- und Küstenschutz“ sollen zu einem zentralen Pfeiler zur Stärkung von Investitionen in strukturschwachen Regionen werden und damit einen Beitrag für das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Deutschland leisten. Bund und Länder definieren und priorisieren künftig gemeinsam und losgelöst von Ländergrenzen wichtige Zielregionen. Die interregionale und interkommunale Zusammenarbeit soll gestärkt werden. Dabei soll der Begriff der Wirtschaftsförderung deutlich breiter gefasst werden und neben der direkten Investitionsförderung stärker auf eine umfassendere Infrastruk-

turförderung und auf Stärkung der Innovationen ausgerichtet werden. Bei der Frage der Ko-Finanzierung sollen Modelle zur Differenzierung je nach Finanzschwäche der Kommunen zum Zuge kommen.

Aktivierung von Privatinvestitionen

Niedrige Zinsen machen derzeit viele Vorsorgeformen unattraktiv. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern das Angebot machen, die günstige Zinslage in Verbindung mit staatlicher Unterstützung zu nutzen, um durch Immobilienerwerb und altersgerechten Umbau eine solide Vorsorge für Leben und Alter zu treffen.

- Wir wollen den Eigentumserwerb von selbst genutztem Wohnraum dauerhaft attraktiv halten. Das dient als Altersvorsorge und befreit vor allem wachsende Familien von dem Problem steigender Mieten. Die aktuell niedrigen Zinssätze sind hierfür vorteilhaft. Zusätzlich wollen wir prüfen, die Möglichkeiten des Mietkaufs zu modernisieren. Zahlreiche Vermieter streben nach einem Abschreibungszeitraum den Verkauf von Wohnraum an. Hier kann es sinnvoll sein, den jeweiligen Mietern eine langfristige Perspektive zu bieten und den späteren Kaufpreis nebst Vorkaufsrecht zu vereinbaren, für den ein Teil der Mietzahlungen abgesondert und angespart wird.
- Über Zuschussvarianten wollen wir auch das Programm „Altersgerechter Umbau“ ausbauen, damit eigener Wohnraum so lange wie möglich selbstbestimmt im Alter genutzt werden kann.

Verbesserung der Rahmenbedingungen und Bürokratieabbau

Bürokratie hemmt und kostet Wachstum. Fehlende Transparenz und Beteiligung erschweren die Umsetzung dringend benötigter Infrastrukturprojekte. Komplexe und langwierige Genehmigungsverfahren verhindern Investitionen. Ein wichtiger und guter Schritt ist die Initiative Bürokratieabbau von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, die viele konkrete Maßnahmen benennt und vor allem umsetzen wird. Daran anknüpfend wollen wir die Rahmenbedingungen weiter verbessern.

- Die Anerkennungsverfahren für erworbene Berufs- und akademische Abschlüsse müssen deutlich vereinfacht und beschleunigt werden. Bei den inländisch erworbenen Abschlüssen sind hier vor allem die Bundesländer gefordert. Weiterhin soll es künftig besser als heute möglich sein, im Ausland erworbene Bildungsabschlüsse durch die Ergänzung einzelner Ausbildungsinhalte vollumfänglich anerkennen zu lassen.
- Die Möglichkeiten der Anerkennung von erbrachten Prüfungsleistungen aus einem nicht beendeten Studium müssen deutlich verbessert werden, um darauf folgende Aus- und Weiterbildungen zu beschleunigen und Doppel-Schulungen zu vermeiden.
- Alle benötigten behördlichen Genehmigungen und Anmeldungen bei der Gründung eines Unternehmens sollen künftig an einer Stelle konzentriert sein, um Aufwand und Dauer der Antragsstellung zu verringern (One-Stop-Agency).
- Um die finanziellen und bürokratischen Hürden bei der Gründung von Unternehmen zu reduzieren, sollen die notariellen Exklusivrechte eingeschränkt werden. Für die Eintragung in das Handelsregister soll das Hinzuziehen eines Notars nicht mehr zwingend sein.
- Junge Unternehmen sollen in den Genuss befristeter Privilegierungen kommen, um Gründungen in unserem Land zu erleichtern. Dazu zählen beispielsweise die Ausstellung von Genehmigungsfiktionen, Vereinfachungen bei der Anwerbung von Fachkräften (beispielsweise durch die erleichterte Ausstellung von Arbeitsvisa) und befristete Befreiungen von Melde- und Informationspflichten.
- Zum Bürokratieabbau vor allem für kleine und mittlere Unternehmen und zur Erhöhung der Liquidität soll die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsabgaben zurückgenommen werden. Die Vorfälligkeit wurde 2006 eingeführt, um Engpässe der Sozialversicherungskassen zu überbrücken – dieses Ziel ist heute obsolet.
- Die Mitnutzung passiver, öffentlicher Infrastruktur muss erleichtert und ohne zusätzliches Planungs- und Genehmigungsverfahren ermöglicht

werden. Damit sollen Synergieeffekte erzielt und private Infrastrukturprojekte erleichtert werden. Maßnahmen wie die Mitverlegung von Leerrohren und das Erstellen einer Baustellendatenbank sollen außerdem künftige Projekte erleichtern.

- Das „Gesetz zur Beschleunigung von Planungsverfahren für Infrastrukturvorhaben“ muss hinsichtlich seiner Wirksamkeit evaluiert und gegebenenfalls nachgebessert werden.
- Infrastrukturprojekte der öffentlichen Hand müssen künftig deutlich transparenter kommuniziert werden, um Betroffene vor Ort und mögliche Partner frühzeitig zu informieren und Chancen zur Beteiligung zu eröffnen. Beispielsweise soll eine Datenbank erstellt werden, die frühzeitig über geplante Projekte informiert. Durch mehr obligatorische Maßnahmen bei der Bürgerbeteiligung, insbesondere im Anfangsstadium von Großprojekten, sollen die Zustimmung und das Vertrauen in diese Projekte erhöht werden. Dies gilt vor allem für einen offeneren Umgang mit Plänen und vorliegenden Gutachten sowie für die frühzeitige, umfassende Einbindung von Vor-Ort-Bewegungen und Verbänden. Um einen kontinuierlichen Prozess zu ermöglichen, regen wir an, das Verbandsklagerecht auf Klagepunkte zu beschränken, die bereits im Anhörungsverfahren zur Sprache gebracht worden sind.
- Ausschreibe- und Vergabeverfahren sollen standardisiert werden. Ansatzpunkt kann hier beispielsweise die Vereinheitlichung von Verträgen sein. Außerdem müssen Ausschreibungen künftig deutlich mittelstandsgerechter gestaltet werden. In diesem Zusammenhang sind auch die besonderen Bedürfnisse von Arbeitsgemeinschaften kleiner und mittlerer Unternehmen in den Blick zu nehmen.
- Raumordnungsverfahren, Umweltverträglichkeitsprüfung und Planfeststellungsverfahren sollen zu einem gemeinsamen, einheitlichen Verfahren weiterentwickelt werden. Damit sollen Doppelprüfungen und Überschneidungen vermieden und Abläufe effektiver gestaltet werden.
- Starkes Vertrauen in die Verlässlichkeit staatlicher Regulierung und Deregulierung ist eine Grundvoraussetzung für private Investitionen. Um dieses Vertrauen zu stärken, muss der Verzicht auf rückwirkende staatliche Eingriffe und die Zusage von Bestandsschutz maßgeblich gestärkt werden.

Die Seeheimer in der SPD

Wir Seeheimer sind eine Arbeitsgemeinschaft von Bundestagsabgeordneten, die innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion für eine moderne und pragmatische Politik auf der Höhe der Zeit stehen. Unser Maßstab ist dabei stets die Realität, denn es ist unser Anspruch, diese im Sinne der Sozialdemokratie zu verbessern. Der Weg dahin führt meist zu pragmatischen Lösungen, auch wenn das manchmal bedeutet, Vertrautes kritisch zu hinterfragen und liebgewonnene, lange eingeübte Ansätze überdenken zu müssen. Die Ideale und Grundwerte der Sozialdemokratie – soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Solidarität und persönlichen Freiheiten – bleiben dabei immer die zentralen Wegweiser.

Wir nutzen regelmäßig die Sitzungswochen in Berlin um über die Grenzen der politischen Fachbereiche hinweg aktuelle Themen zu diskutieren und Strategien zu entwickeln. Problemlagen werden heutzutage immer komplexer und können nur durch interdisziplinäre Zusammenarbeit gelöst werden, die eine enge Vernetzung von uns Abgeordneten voraussetzt. Der Seeheimer Kreis bietet uns ein Forum für offene Diskussionen, in dem sich auch fachkundige Referenten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Medien einbringen.

Viele von uns waren vor der Wahl in den Bundestag in der Kommunalpolitik und in den Gewerkschaften aktiv, haben ihr politisches Handwerk von Grund auf und an der Basis erlernt. Als Kreistagsabgeordnete, Landräte oder Bürgermeister haben wir Politik vor Ort gestaltet und wissen, wie man auch gegen Widerstände und unter schwierigen Rahmenbedingungen die eigenen Ziele durchsetzt. Diese Erfahrungen haben einen Politikstil geprägt, der sich an konstruktiven Lösungsansätzen orientiert. Unser Ziel ist eine Bundespolitik, die sich den Herausforderungen der Zeit stellt, die wesentlichen Probleme erkennt, aufgreift und sie löst.

Sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete, die für eine linke Politik des Machbaren eintreten. Das ist der Seeheimer Kreis.



Die SEEHEIMER in der SPD
c/o Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 227-70034, Fax 030 227-70043, seeheimer.kreis@bundestag.de
www.seeheimer-kreis.de, www.facebook.com/Seeheimer.Kreis

Veröffentlichung: Januar 2015